Vernehmlassung zur Umsetzung der Motion 22.4253 Entkopplung des bäuerlichen Bodenrechts von der AP22+

Procédure de consultation sur la mise en œuvre de la motion 22.4253 Découplage du droit foncier rural de la mise en œuvre de la PA22+

Procedura di consultazione sull'attuazione della mozione 22.4253 Disgiungere il diritto fondiario rurale dalla PA22+

Organisation / Organizzazione	Kanton Solothurn
Adresse / Indirizzo	Rathaus, Barfüssergasse 24, 4509 Solothurn
Datum / Date / Data	02.12.2024

Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und kein Bild einzufügen. Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme als **Word-Dokument** elektronisch an gever@blw.admin.ch. Vielen Dank!

Nous vous prions de ne pas modifier le formatage de ce formulaire et de ne pas y insérer d'images. Merci d'envoyer votre prise de position **en format Word** par courrier électronique à gever@blw.admin.ch. Merci beaucoup !

Si prega di non modificare la formattazione del modulo e di non inserire immagini. Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri sotto forma di **documento Word** all'indirizzo di posta elettronica gever@blw.admin.ch. Grazie!

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Das BGGB ist nun 30 Jahre lang in Kraft und sich als wirksam hinsichtlich der avisierten Ziele erwiesen. Die Spekulation mit Boden in der Landwirtschaftszone findet kaum statt, die Preisbeschränkung wirkt und auch das Ideal des Familienbetriebs wurde weitgehend erhalten. Mit den Änderungen Ende der 90-er Jahre wurde der Strukturwandel erleichtert. Teilweise sind die Betriebe gross geworden und es stellt sich die Frage, inwiefern mit noch grösseren Strukturen die Verfassungsziele (Pfleger Kulturlandschaft, dezentrale Besiedlung) in den Grünlandgebieten noch zweckmässig erfüllt werden können. Ebenfalls berücksichtigt die Revision nicht Trends zu neuen Formen der Landwirtschaft und der Ernährung (solidarische Landwirtschaft, Vertragslandwirtschaft, intensive Mikrolandwirtschaft, etc.). Diese Formen sind im Hinblick auf die Ernährungssicherung und einer sinnvollen, ressourcenarmen Freizeitgestaltung durchaus unterstützenswert. Wir vermissen diesbezüglich eine vertiefere Auseinandersetzung. Wünschbar wären zudem weitergehende Regelungen, z.B. im Hinblick auf den Status des Waldes als Bestandteil eines Gewerbes, einer schweizweit einheitlichen Methodik der Preisfestlegung von Gewerben oder zudem der Umgang mit Baurechten bei der Erstellung von PV Anlagen.

Vorgeschlagen werden nun punktuelle Anpassungen an neue Erfordernisse. Sie entsprechen den konsolidierten Erarbeitungen der Fachpersonen und werden begrüsst. In diesem Sinne ist Vorlage als Minimalkompromiss zu verstehen.

Aus Sicht Vollzug sind insbesondere die Stärkung der Selbstbewirtschaftung mit Auflagen sowie die Konkretisierungen hinsichtlich juristischer Personen zu begrüssen.

Ebenfalls wird die Verschiebung der Zuständigkeit beim Boden- und Pachtrecht vom EJPD zum WBF seitens Kanton Solothurn begrüsst. Für die Unterstützung des Vollzugs, die Erarbeitung von Grundlagen, wie auch die Weiterentwicklung des Rechtsgebietes, verspricht die Verschiebung der Zuständigkeit zum WBF/BLW mehr Impulse. Die Rolle des Bundes beim Vollzug soll sich jedoch auf die Unterstützung und die Gewährleistung einer möglichst einheitlichen Umsetzung bei den Kantone beschränken. Aufgrund der vorgeschlagenen Ressourcen im Umfang von drei Stellen beim Bund ist zu befürchten, die Überwachung des Vollzugs bei den Kantonen werde intensiviert. Auf keinen Fall darf der Vollzugsaufwand der Kantone erhöht werden.

Im Vollzug des Bodenrechts zeigen sich öfters Diskrepanzen zum Raumplanungsrecht. Insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung von RPG II (Stabilisierungsziele, Energieprojekte, etc.) sind die Instrumente des Bodenrechts und der Raumplanung gut und kohärent aufeinander abzustimmen. Allfälliger Handlungsbedarf ist im Rahmen der Einführung und Umsetzung von RPG II vertieft zu prüfen. Es ist zu prüfen, wie die Umsetzung von raumplanerischen Zielen mit Eingriffen in die Eigentumsfreiheit unterstützt oder ermöglicht werden kann.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
<p><i>Art. 4 Abs. 2</i></p> <p>2 Die Bestimmungen über die landwirtschaftlichen Gewerbe gelten auch für eine Beteiligung von drei Vierteln an einer juristischen Person, deren Aktiven zur Hauptsache aus einem landwirtschaftlichen Gewerbe bestehen.</p>	<p>Ablehnung > Beibehaltung des geltenden Rechts:</p> <p>2 Die Bestimmungen über die landwirtschaftlichen Gewerbe gelten auch für eine Beteiligung von drei Vierteln Mehrheitsbeteiligung an einer juristischen Person, deren Aktiven zur Hauptsache aus einem landwirtschaftlichen Gewerbe bestehen.</p>	<p>Art. 4 Abs. 2 soll unverändert belassen werden.</p> <p>Damit behalten die im privatrechtlichen Teil des BGBB beim Erwerb von Iw GW privilegierten Personen all ihre Rechte. Die Höhe der Mehrheitsbeteiligung spielt weiterhin keine Rolle. Die Grenze liegt bei 51%.</p> <p>Eine Begründung, warum diese vom Gesetzgeber gewollt Schranke gegen Missbrauch geändert werden soll, gibt es nicht.</p>
<p><i>Art. 9 Abs. 3</i></p> <p>3 Die Selbstbewirtschaftung kann durch eine Aktiengesellschaft oder eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung erfolgen, sofern mehr als drei Viertel des Kapitals und der Stimmrechte im Besitz von natürlichen Personen sind, die Selbstbewirtschafter sind. Sämtliche Anteilsrechte der juristischen Person müssen von natürlichen Personen gehalten werden</p>	<p>Zustimmung</p>	<p>Die 75 % entsprechen auch der DZ Berechtigung bei GmbH. Damit haben die Bewirtschaftenden eine solide Mehrheit in der Gesellschaft und es bleibt mit max. 25 % Beteiligung Raum für weitere Gesellschafter.</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
<p><i>Art. 10 Abs. 1</i></p> <p>1 Der Ertragswert entspricht dem Kapital, das aus dem Ertrag eines landwirtschaftlichen Gewerbes oder Grundstücks bei landesüblicher Bewirtschaftung zum Referenz-zinssatz verzinst werden kann; der Referenzzinssatz entspricht einem langfristigen Kapitalkostensatz, der das Fremdkapital, das Eigenkapital und das Branchenrisiko berücksichtigt. Für die Feststellung des Ertrags und des Referenzzinssatzes wird auf das Mittel mehrerer Jahre abgestellt.</p>	<p>Zustimmung</p>	<p>Heute besteht eine Diskrepanz zwischen der Definition des Ertragswertes auf Stufe Gesetz und auf Stufe Verordnung bzw. Schätzungsanleitung.</p> <p>Die Definition wird nun auf jene der Schätzungsanleitung angepasst. Die Berechnung ist zweckmässig.</p>
<p><i>Art. 18 Abs. 3</i></p> <p>Als besondere Umstände gelten namentlich der höhere Ankaufswert des Gewerbes oder erhebliche Investitionen, die der Erblasser in den letzten zehn Jahren vor seinem Tod getätigt hat.</p>	<p>Änderungsantrag</p> <p>Als besondere Umstände gelten namentlich der höhere Ankaufswert des Gewerbes oder erhebliche Investitionen, die der Erblasser in den letzten zehn Jahren vor seinem Tod getätigt hat.</p>	<p>Wenn Abs. 3 wie bisher bestehen bleibt, kann es zu Missverständnissen führen, indem weiterhin nur Investitionen innerhalb der letzten 10 Jahre berücksichtigt werden, diese aber auf längere Dauer abgeschrieben werden.</p> <p>Wenn zur Besserstellung der Ehepartner/Miterben die Anrechnungswerte erhöht werden sollen, müssten auch länger als 10 Jahre zurückliegende Investitionen berücksichtigt werden.</p> <p>Die Vorlage ist in dieser Hinsicht nicht klar.</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 18 Abs. 4 c. Zukauf von Gewerben und Boden sowie Investitionen in Meliorationen: über 25 Jahre.	Zustimmung mit Änderung c. Zukauf von Gewerben und Boden sowie Investitionen in Meliorationen: über 25 20 Jahre	Die Änderung wird begrüsst. Sie macht den Kauf der Betriebe auch teurer und fördert allenfalls Investitionen des Hofabtreters, die die nachfolgende Generation dann zwangsläufig und teurer übernehmen muss. Zwecks Vereinfachung schlagen wir vor nur 2 Kategorien zu machen. Eine Abschreibungsdauer von 20 Jahren ist ein Kompromiss.
Art. 42 Abs. 1 1 Wird ein landwirtschaftliches Gewerbe veräussert, so haben daran ein Vorkaufsrecht in folgender Rangordnung, wenn sie es selber bewirtschaften wollen und dafür als geeignet erscheinen: 2. der Ehegatte des Veräusserers;	Zustimmung mit Änderung: 1 Wird ein landwirtschaftliches Gewerbe veräussert, so haben daran ein Vorkaufsrecht in folgender Rangordnung, wenn sie es selber bewirtschaften wollen und dafür als geeignet erscheinen: 2. der Ehegatte des Veräusserers, nach mindestens fünf Ehejahren ;	Diese Änderung verbessert die Stellung des Nichteigentümergehatten/-gattin. Jedoch entsteht ein neues Missbrauchspotential über eine «Scheinehe» oder allenfalls auch neue Probleme mit überstürzten Eheschliessungen. Damit könnte in einzelnen Fällen die Geschwister und Geschwisterkinder umgangen werden. Störend könnte z.B. auch sein, wenn der Ehegatte/ die Ehegattin Kinder in die Ehe mitbringt und der Hof dann die «Familie wechselt». Um das Missbrauchspotential zu beschränken, sollte das Vorkaufsrecht frühestens nach einer lebensprägenden Dauer von 5 Jahren bestehen.
Art. 49 Abs. 1 Ziff. 2 2. jeder Nachkomme, der Ehegatte, jedes Geschwister und Geschwisterkind so-wie der Pächter, unter den Voraussetzungen, zu den Bedingungen und in der Rangfolge, die für das Vorkaufsrecht an einem landwirtschaftlichen Gewerbe gelten;	Zustimmung mit Änderung 2. jeder Nachkomme, der Ehegatte nach mindestens fünf Ehejahren , jedes Geschwister und Geschwisterkind so-wie der Pächter, unter den Voraussetzungen, zu den Bedingungen und in der Rangfolge, die für das Vorkaufsrecht an einem landwirtschaftlichen Gewerbe gelten;	Siehe Ausführungen zu Art. 42 Abs. 1 BGBB

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
<p><i>Art. 52 Abs. 2</i></p> <p>2 Als besondere Umstände gelten namentlich der höhere Ankaufswert des Gewerbes und alle erheblichen Investitionen, die in den letzten 10 Jahren vor der Veräusserung getätigt worden sind. Diese Investitionen werden nach Artikel 18 Absatz 4 beschrieben.</p>	<p>Zustimmung mit Änderung</p> <p>2 Als besondere Umstände gelten namentlich der höhere Ankaufswert des Gewerbes und alle erheblichen Investitionen, die in den letzten 10 Jahren vor der Veräusserung getätigt worden sind. Diese Investitionen werden nach Artikel 18 Absatz 4 beschrieben.</p>	<p>Siehe Bemerkungen zu Art. 18 Abs. 4</p>
<p><i>Art. 60 Abs. 1 Bst. f</i></p> <p>1 Die kantonale Bewilligungsbehörde bewilligt Ausnahmen vom Realteilungs- und Zerstückelungsverbot, wenn:</p> <p>f. auf dem abzutrennenden Teil ein Baurecht zu Gunsten des Pächters errichtet werden soll;</p>	<p>Zustimmung mit Änderungsantrag:</p> <p>f. auf dem abzutrennenden Teil ein Baurecht zu Gunsten des Pächters errichtet werden soll; Beim Betrieb des Pächters darf es sich nicht um eine Freizeitlandwirtschaft im Sinne von Art. 34 Abs. 5 RPV handeln.</p> <p>eventualiter:</p> <p>Art. 2 Abs. 2 Bst. e (neu):</p>	<p>Die Erweiterung ist grundsätzlich zu begrüssen. Ohne Beschränkung kann aber grundsätzlich jedermann die Rolle eines Pachtenden einnehmen und ein solches Baurecht bewilligt kriegen. Bei baubewilligungspflichtigen Bauten und Anlagen sollten Freizeitlandwirte ausgeschlossen sein. Was aber wenn es sich um Baurechte im Grenzbereich eines Baubewilligungsverfahrens handelt. Wir denken hier an Rebberge, Permakulturen, Hochstammobstbäume, Baurechte für Zäune von Hobbytierhaltungen, etc. Ohne Beschränkung wird hier ein Tor aufgestossen mit etwas unklaren Folgen. In Anlehnung an das Raumplanungsrecht sollte die Freizeitlandwirtschaft ausgenommen werden.</p> <p>Grundsätzlich stellen sich auch Fragen zu Agri-PV Anlagen. Diese werden als nicht zonenkonforme Bauten nach Art. 24 RPG bewilligt. Grundsätzlich besteht also das Recht auf ein Baurecht oder sogar eine Abparzellierung gemäss Art. 60 Abs. 1 Bst. a.</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
	<p>e. ein Baurecht, das nach Art. 60 Abs. 1 lit. f bewilligt wurden, auch wenn die Fläche nach Art. 2 Abs. 3 unterschritten wird.</p>	<p>Das Baurecht selber sollte dem Bodenrecht unterstellt bleiben, auch wenn es kleiner als 25 a ist und nicht zu einem Gewerbe gehört.</p>
<p>Art. 60 Abs. 1 Bst. a und f</p> <p>1 Die kantonale Bewilligungsbehörde bewilligt Ausnahmen vom Realteilungs- und Zerstückelungsverbot, wenn:</p> <p>f. auf dem abzutrennenden Teil ein Baurecht zu Gunsten des Pächters errichtet werden soll;</p>	<p>Es ist zu konkretisieren, ob diese Ausnahmerebestimmung nur für landwirtschaftliche, oder auch nichtlandwirtschaftliche Nutzungen gelten soll.</p> <p>Vorschlag neuer Bst. k : Bei Solaranlagen, die gemäss Art. 24 bis Abs. 2 RPG bewilligt wurden, handelt es sich um eine überwiegend landwirtschaftliche Nutzung. Die Ausnahmerebestimmungen gemäss Bst. a und f gelangen nicht zur Anwendung.</p>	<p>Es dürften sich Fragen zum Umgang mit Agri-PV Anlagen stellen. Solche Anlagen werden von der Branche eher kritisch beurteilt. Wenn solche Anlagen gebaut werden, soll die Wertschöpfung in der Landwirtschaft bleiben. Deshalb sollten die Möglichkeiten zur Abparzellierung und Baurechtserrichtung im Rahmen der Revision geklärt und möglichst beschränkt werden.</p>
<p>Art. 60 Abs. 1 Bst. j (neu)</p> <p>1 Die kantonale Bewilligungsbehörde bewilligt Ausnahmen vom Realteilungs- und Zerstückelungsverbot, wenn:</p> <p>j. das landwirtschaftliche Gewerbe in mehrere landwirtschaftliche Gewerbe nach Artikel 7 aufgeteilt wird; Artikel 7 Absatz 4 Buchstabe b kommt nicht zur Anwendung.</p>	<p>Zustimmung</p>	<p>Die klärende Bestimmung ist zu begrüßen. Es kann durchaus Sinn machen, Gewerbe auch wieder aufteilen zu können. Zudem konkretisieren die Erläuterungen, in welchen Fällen diese Ausnahmerebestimmung möglich ist.</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
<p><i>Art. 60 Abs. 1 Bst. 1 neu</i></p>	<p>I. Flächen, rechtskräftig der Grundwasserschutzzone S1, der Hochwasserschutzzone oder dem Gewässerraum zugewiesen werden.</p>	<p>Beim Erwerb für Wasserbau wurde stark gelockert mit Art. 62 Bst. h. Hinsichtlich Realteilung und Zerstückelung fehlen analoge Bestimmungen.</p> <p>Die Ausnahmen S1, HWS und Gewässerraum sind als Ausnahmen vom Zerstückerungsverbot in der SVV explizit aufgeführt. Es macht in vielen Fällen Sinn, wenn solche Flächen ins Eigentum des Gemeinwesens oder einer Schutzorganisation überführt werden. Im Vollzugsalltag stellt sich jeweils die Frage, wie die Abtrennung des Gewässerraums bewilligt werden soll. Die Hilfestellung ist das öffentliche Interesse. Wir würden hier eine Konkretisierung wünschen bis hin zu einer Bewilligungsfreiheit entlang oder innerhalb eines rechtskräftig ausgedehnten Gewässerraums.</p> <p>Diese Erleichterung könnte auch als Kompromiss im Hinblick auf die Verschärfung beim Erwerb Realersatz gesehen werden.</p>
<p><i>Art. 61 Abs. 1</i></p> <p>1 Wer ein landwirtschaftliches Gewerbe oder Grundstück oder Aktien und Stammanteile einer juristischen Person erwerben will, deren Aktiven zur Hauptsache aus einem landwirtschaftlichen Gewerbe oder aus landwirtschaftlichen Grundstücken bestehen, braucht dazu eine Bewilligung.</p>	<p>Ändern</p> <p>1 Wer ein landwirtschaftliches Gewerbe oder Grundstück oder Aktien und Stammanteile <u>oder Stimmrechte</u> einer juristischen Person erwerben will, deren Aktiven zur Hauptsache aus einem landwirtschaftlichen Gewerbe oder aus landwirtschaftlichen Grundstücken bestehen, braucht dazu eine Bewilligung.</p>	<p>Wir begrüßen die Klärung hinsichtlich der Bewilligungspflicht von Aktien und Stammanteilen. Das BGr Urteil Kt. Solothurn mit dem Entscheid, dass Aktionäre eine Miteigentümerähnliche Stellung haben und in extremis sogar bewilligungsfrei erwerben können, macht diese Bestimmung erforderlich.</p> <p>Im Entwurf des Bundesrates sind die Stimmanteile vergessen gegangen. Diese sind zu ergänzen. Insbesondere Aktiengesellschaften kennen verschiedene Arten von Aktien, darunter durchaus auch solche ohne Stimmrechte. Fehlt dieses, kann er trotz Kapitalmehrheit, sein Durchgriffsrecht nicht ausüben, hat also keine eigentümerähnliche Stellung und genügt somit den Anforderungen an den Selbstbewirtschafter nicht.</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
<p data-bbox="235 339 398 363"><i>Art. 62 Bst. h</i></p> <p data-bbox="235 408 591 469">Keiner Bewilligung bedarf der Erwerb:</p> <p data-bbox="235 513 600 746">h. durch den Kanton oder eine Gemeinde zum Zweck des Hochwasserschutzes, der Revitalisierung von Gewässern, des Baus von Ausgleichs- und Pumpspeicherbecken bei Wasserkraftwerken.</p>	<p data-bbox="631 339 792 363">Zustimmung</p>	<p data-bbox="1366 339 2087 815">Neu soll der Erwerb von Realersatz durch Kanton und Gemeinden auch für die Zwecke des Hochwasserschutzes, der Revitalisierung von Gewässern, des Baus von Ausgleichs- und Pumpspeicherbecken bei Wasserkraftwerken den Regeln von Ar. 65 Abs. 1 Bst. b BGG, also den bekannten Regeln für den Erwerb von Realersatz durch das Gemeinwesen oder dessen Anstalten folgen. So haben auf dem Markt für landwirtschaftliche Grundstücke alle Kaufinteressenten, zumindest bezogen auf den höchst zulässigen Preis, wieder gleich Voraussetzungen. In den meisten Fällen muss das Grundbuchamt die Bewilligungsfreiheit sowieso mit den Bodenrechtsbehörden klären. Wenn ein konkretes Projekt vorliegt und der Flächenbedarf bekannt ist, kann die Behörde ein Erwerb nach Art. 65 u.E. nicht verhindern.</p> <p data-bbox="1366 863 2078 1096">Bei Wasserbauprojekten hat der Kanton ja gemäss Art. 68 GSchG in jedem Fall ein gesetzliches Enteignungsrecht. In Verbindung mit den in den meisten Kantonen neuen Regelungen zu Entschädigungen sollten auch bei Wasserbauprojekten Kauf einvernehmliche Lösungen möglich sein. Wenn eine Eigentümerschaft ein Projekt ablehnt, dann muss so oder so der Weg über eine Enteignung gegangen werden.</p> <p data-bbox="1366 1144 2069 1342">Weiterhin nicht klar geregelt ist die Zerstückelung entlang des Gewässerraums. In Art. 68 Bst. a SVV ist hier die Ausnahme ausdrücklich vorgesehen. Weil das Zerstückelungsverbot gemäss LwG strenger ist, wäre das BGG entsprechend anzupassen. Siehe Vorschlag zu Art. 60 Abs. 1 Bst. I (neu).</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
<p><i>Art. 64 Abs. 1 Bst. d</i></p> <p>1 Bei fehlender Selbstbewirtschaftung ist die Bewilligung zu erteilen, wenn der Erwerber einen wichtigen Grund nachweist, namentlich wenn:</p> <p>d. das landwirtschaftliche Gewerbe oder Grundstück in einer Schutzzone nach Artikel 17 des Raumplanungsgesetzes vom 22. Juni 1979 liegt (...)</p>	<p>Grundsätzlich Zustimmung, mit Änderung</p> <p>d. das landwirtschaftliche Gewerbe oder Grundstück in einer Schutzzone nach Artikel 17 <u>Absatz 1</u> des Raumplanungsgesetzes vom 22. Juni 1979 liegt oder ein Objekt (...)</p>	<p>Aufgrund der Fortschritte in der Umsetzung des RPG und des NHG, insbesondere der Inventarisierung und Sicherung von Schutzobjekte, ist ein Erwerb als Massnahme zur Erhaltung und zum Schutz des konkreten Objektes seltener mehr notwendig. Inventarisierung und Zuteilung in eine Schutzzone nach Art. 17 Abs. 1 RPG mit den entsprechenden Auflagen/Zonenvorschriften genügen in der Regel. Art. 17 Abs. 2 RPG sind eben keine Schutzzonen.</p> <p>Die Ausnahme vom Selbstbewirtschaftersprinzip soll denn auch nur gewährt werden, wenn der Gesuchsteller nachweist, dass nur der Erwerber des betreffenden Grundstücks durch ihn die Schutzziele langfristig sicherstellen kann, weil andere Massnahmen nicht genügen. Für den Kanton Solothurn ist das wichtig, weil sonst z.B. das Gemeinwesen und Schutzorganisationen grossflächig Flächen im Bundesinventar für Trockenwiesen und-weiden aufkaufen könnten. TWW Flächen werden mit der Verpflichtung zum Abschluss von Vereinbarungen i.d.R. genügend geschützt.</p>
<p><i>Art. 64 Abs. 1 Bst. e</i></p> <p>e. mit dem Erwerb die schutzwürdige Umgebung einer historischen Stätte, Baute oder Anlage erhalten werden soll;</p>	<p>Zustimmung</p>	<p>Die Erwähnung der Objekte des Naturschutzes ist nicht mehr erforderlich. Seit Einführung des BGGB haben die Umsetzung des NHG und des RPG enorme Fortschritte gemacht. Inventarisierte Objekte des NHG, welche Auswirkungen auf die Bewirtschaftung eines lw GS haben, sind inzwischen Schutzzonen nach Art. 17 Abs. 1 RPG zugeteilt. Deshalb genügt ihre Behandlung unter Art. 64 Abs. 1 Bst. d BGGB.</p>
<p><i>Art. 64 Abs. 1 Bst. h</i></p>	<p>Zustimmung</p>	<p>Die überarbeiteten Regelungen zu den juristischen Personen in Verbindung mit dem BGr Urteil im Kanton Solothurn erfordern diese Regelung. Weil jeder Aktienübertrag bewilligungspflichtig ist, braucht eine Ausnahmebestimmung vom</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		Prinzip der Selbstbewirtschaftung, damit auch Personen welche die Anforderungen an die Selbstbewirtschaftung nicht erfüllen, Anteile bis max. 25 % erwerben können.
<i>Art. 71 Abs. 1</i> 1 Die Bewilligungsbehörde widerruft ihren Entscheid, wenn der Erwerber oder die Erwerberin ihn durch falsche Angaben erschlichen hat oder Auflagen nicht einhält.	Zustimmung mit Änderung 1 Die Bewilligungsbehörde widerruft ihren Entscheid, wenn der Erwerber oder die Erwerberin ihn durch falsche Angaben erschlichen hat oder <u>Bedingungen oder</u> Auflagen nicht einhält.	Das Nichteinhalten von Auflagen oder nicht erfüllte Bedingungen ist nun richtigerweise ausdrücklich im Gesetz aufgenommen. Im Zeitpunkt der Bewilligung ist die Selbstbewirtschaftung besonders bei einer Freizeitlandwirtschaft selten einwandfrei nachweisbar. Deshalb hilft diese Regelung dem Vollzug.
<i>Art. 72 Abs. 1bis</i> 1bis Erweist sich eine Grundbuchberichtigung als unmöglich oder unzweckmässig, kann die Bewilligungsbehörde andere Massnahmen zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes anordnen. Sie kann insbesondere die Veräusserung oder die öffentliche Versteigerung nach den Vorschriften über die Zwangsverwertung von Grundstücken anordnen. In diesem Fall kann der Erwerber nur seine Gestehungskosten beanspruchen; ein Mehrerlös fällt dem Kanton zu.	Zustimmung	Im Rahmen der Wiederherstellung eines rechtskonformen Eigentumseintrags ist es sehr zu begrüssen, dass der Gesetzgeber nun der Bewilligungsbehörde zusätzlich die Möglichkeit gibt, die Veräusserung oder die öffentliche Versteigerung nach Zwangsvollstreckungsrecht anordnen zu können. Eine Rückabwicklung des den Falscheintrag ermöglichten Rechtsgeschäftes ist in der Praxis in den meisten Fällen nicht mehr möglich. Die Möglichkeit der Versteigerung ist unbedingt beizubehalten. Für die Vollzugsbehörde wäre es sehr schwierig zu entscheiden, an wen ein Grundstück verkauft werden soll. Deshalb erachten wir die Allokation über das beste Preisangebot als geeignetes Instrument.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
<i>Art. 73 Abs. 1 zweiter Satz</i>	Zustimmung	Dies verhilft den Betrieben zu etwas mehr Spielraum bei der Finanzierung und verringert den administrativen Aufwand. Das zusätzliche Risiko ist überschaubar, weil die Verkehrswerte in der Regel weit darüber liegen.
<i>Art. 75 Abs. 1 Bst. e</i>	Zustimmung	Die Stärkung der Rechte der Ehegattin/ des Ehegatten in Form des neu geschaffenen Ausnahmebestandes bezüglich der Belastungsgrenze wird begrüsst.
<i>Art. 58 Abs. 1</i>	Zustimmung	Die neue Zuständigkeit des WBF wird begrüsst.